

Wehrhafte Gäste – bleibender Eindruck

Lange fanden migrantische Kämpfe in Deutschland nicht die Beachtung, die sie verdient hätten. Doch die Entwicklung vom „Gastarbeiter“ zum politischen Subjekt in den 1960er und 1970er Jahren ist nicht nur spannend, sondern hat auch vieles bewirkt. Ein Blick auf vergessene Kämpfe und die wechselhaften Haltungen deutscher Gewerkschaften, ein Text der ein erheblich gekürzter Nachdruck aus der Zeitschrift *Arbeit-Bewegung-Geschichte. Zeitschrift für historische Studien* ist, Heft I/2021. Den Einblick gibt Simon Goeke.

Im April des Jahres 1966 legten mehr als 5.000 deutsche Metall-Beschäftigte in Baden-Württemberg spontan und ohne gewerkschaftliche Unterstützung die Arbeit nieder. Der Streik war eine Reaktion auf eine Schlagzeile der *Bild-Zeitung*. Die titelte am 31. März 1966: „Gastarbeiter fleißiger als deutsche Arbeiter?“ Hintergrund war die Rede des stellvertretenden Präsidenten der *Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgebervereine* (BDA), Hanns Martin Schleyer, auf einer Informationstagung zum Thema „Probleme der Ausländerbeschäftigung“.

Tatsächlich hatte Schleyer in seiner Rede einen Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Arbeitszeit und der Beschäftigung von Nicht-Deutschen hergestellt. Der Präsident des Arbeitgeberverbands führte aus, dass Migrant*innen selten krankgeschrieben und ebenso tüchtig wie Deutsche seien. Auch wenn Schleyer nicht eine der beiden Gruppen als fleißiger darstellte, wie es die *Bild*-Schlagzeile suggerierte, standen seine Äußerungen deutlich im Zusammenhang mit der seit einigen Jahren geführten Kampagne für eine Erhöhung der Arbeitszeit.

Die heftigen Reaktionen der deutschen Metallarbeiter*innen auf die Schlagzeile der *Bild-Zeitung* sind sowohl als eine Reaktion auf die Kampagne zur Arbeitszeiterhöhung, als auch als Ausdruck erheblicher Vorbehalte und Ressentiments gegen ihre ausländischen Kolleg*innen zu verstehen. Nach Ausbruch des Streiks versuchte die *IG Metall* mit ihren Hauptamtlichen und Vertrauensleuten beschwichtigend auf die Arbeiter*innen einzuwirken. An vielen

Orten wurde von handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen deutschen und ausländischen Arbeiter*innen berichtet.

Die *IG Metall* betonte die gemeinsamen Interessen aller Lohnabhängigen und appellierte an die Beschäftigten, sich nicht von der Kapitaleseite gegeneinander ausspielen zu lassen. In einer Presseerklärung zum so genannten „Bild-Streik“ hieß es:

„Einmal behaupten die Arbeitgeber, die ausländischen Arbeitnehmer zerstörten den Ruf der deutschen Wertarbeit, das andere Mal loben sie die ausländischen Arbeitnehmer über den grünen Klee und stellen sie als Vorbilder der Arbeitsmoral hin. Beide Behauptungen sind unsachlich und unaufrichtig, sie sollen nur dazu dienen, einheimische und ausländische Arbeitnehmer gegeneinander auszuspielen.“

Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte sei für das weitere Wachstum und die Vollbeschäftigung notwendig, so die *IG Metall*. Auch die Befürchtung, die deutschen Unternehmen könnten Migrant*innen zur Unterwanderung der Solidarität während der Arbeitskämpfe nutzen, zerstreute sich bald. Meist zeigten sich die ausländischen Arbeiter*innen solidarisch mit den gewerkschaftlichen Tarifkampagnen.

1960er Jahre: Unterschichtung und Organisierung

Viele deutsche Lohnabhängigen profitierten von der Migration und vollzogen einen beruflichen Aufstieg. Denn während vor allem für einfache Tätigkeiten in

der Industrie und im Baugewerbe angeworben wurde, herrschte auch Fachkräftemangel, der durch betriebliche Schulungen beseitigt werden konnte.

Diesen auch als Unterschichtung bezeichneten Effekt untersuchte der Migrationssoziologe Friedrich Heckmann 1981 genauer. Nach seiner Berechnung konnten zwischen 1960 und 1970 etwa 2,3 Millionen deutsche Arbeiter*innen in Angestellten-Positionen aufsteigen, weil die un- und angelernten Tätigkeiten durch Migrant*innen besetzt wurden.

Auch wenn die Vorbehalte gegenüber der Arbeitsmigration innerhalb der Gewerkschaften nie vollständig abgebaut wurden, schienen die offensichtlichen Vorteile der sogenannten Ausländerbeschäftigung zu überwiegen. Die generelle Kritik daran wurde im Laufe der 1960er Jahre deutlich leiser.

Insgesamt blieb in den 1960er Jahren der Einfluss von Migrant*innen auf den gewerkschaftlichen Willensbildungsprozess stark beschränkt. Zwar waren die gewerkschaftlichen Sekretär*innen in den Abteilungen und Referaten für *Ausländische Arbeitnehmer* oft selbst eingewandert. Der Organisationsgrad in dieser Gruppe stieg stetig an. Eine verbindliche Interessenartikulation der migrantischen Minderheit innerhalb der Gewerkschaften fand aber nicht statt. Bei den Vertrauensleutewahlen der *IG Metall* 1967 wurden im gesamten Bundesgebiet nur 642 ausländische Vertrauensleute gewählt, was einem Anteil von unter einem Prozent an allen Vertrauensleuten entsprach. Dem gegenüber machten Migrant*innen zu diesem Zeitpunkt bereits rund fünf Prozent der gesamten Belegschaften aus. Erst 1971 nahm ein ausländischer Arbeitnehmer auf einem Gewerkschaftstag als Delegierter teil.

Stetige migrantische Selbstorganisation

Die nur allmählich wachsende Repräsentanz der Migrant*innen in den Gewerkschaften bedeutete jedoch nicht, dass sie schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen widerstandslos hinnahmen. Bereits Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre kam es zu diversen migrantischen Arbeitskämpfen. Diese waren durchaus kreativ. Sie legten nicht nur spontan die Arbeit nieder, sondern übten auch mit Rückkehrandrohungen und „Bummelstreiks“ Druck auf die Unternehmen aus.

Besonders die *IG Bergbau und Energie* (IGBE) bemerkte im Frühjahr 1962 zahlreiche „wilde Streiks“ von ausländischen Arbeitnehmer*innen. Meist endeten

die Arbeitsniederlegungen mit der Inhaftierung und Abschiebung der vermeintlichen Anführenden der Streiks. Die Gewerkschaften solidarisierten sich nur in Ausnahmefällen mit den Entlassenen und Ausgewiesenen.

Viele eindruckliche Beispiele belegen, dass es sich beim bekannteren Streik italienischer *Volkswagen*-Arbeiter*innen in Wolfsburg im November 1962 nicht um einen Einzelfall handelte, wie in geschichtswissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem Streik häufiger behauptet wird.

Der *DGB* beobachtete eigenständige Proteste teilweise skeptisch. Sobald der Eindruck entstand, dass über die Aktivitäten gegen die südeuropäischen Diktaturen eine „kommunistische Infiltration“ der *DGB*-Gewerkschaften betrieben werden sollte, wurde die Solidarität verweigert. Um herauszufinden, inwiefern eine solche Gefahr bestand, gab der *DGB* sogar eine eigene Studie in Auftrag.

Dieser *Infiltrationsbericht* wurde 1965 abgeschlossen und kam zu dem klaren Ergebnis: „Insgesamt ist durch die Tätigkeit radikaler politischer Gruppen unter den ‚Gastarbeitern‘ die Sicherheit der Bundesrepublik nicht akut gefährdet.“

Dennoch blieb die skeptische bis ablehnende Haltung der Gewerkschaften gegenüber der politischen Aktivität von Migrant*innen weiterhin bestehen.

1970er Jahre: Massiver Streik im Ford-Werk Köln-Niehl

Trotz der repressiven Bestimmungen des Ausländergesetzes führte die wachsende Unzufriedenheit unter Migrant*innen zu Beginn der 1970er Jahre immer häufiger zu betrieblichen und außerbetrieblichen Kämpfen. Die Bereitschaft von Gewerkschaften und Betriebsräten, sich der Anliegen ausländischer Arbeitnehmer*innen anzunehmen, stieg allerdings nicht automatisch mit dem Organisationsgrad. Dies zeigt der Streik bei *Ford* in Köln-Niehl im August 1973 exemplarisch.

Trotz einer Organisationsrate im Betrieb von 90 Prozent unter den türkischen Arbeiter*innen und 500 ausländischen gewählten *IG-Metall*-Vertrauensleuten, waren nur drei der insgesamt 25 freigestellten Vertrauensleute Migranten.

Bei den Betriebsratswahlen 1972 fielen 46 Prozent der Stimmen auf Listen, die nicht von der *IG Metall*

aufgestellt worden waren, obwohl insgesamt 70 Prozent der Belegschaft Mitglied der *IG Metall* waren. Eine Liste mit nur einem Kandidaten, dem türkischen Arbeiter Mehmed Özbacı, erhielt 31 Prozent aller Stimmen. Dennoch wurde ihm von der Mehrheit der anderen Betriebsratsmitglieder die Freistellung verwehrt, da er nicht über ausreichende Sprachkenntnisse verfügte.

Der Streik im August 1973 entzündete sich letztendlich an der Kündigung von mehr als 300 türkischen Arbeiter*innen, die zum wiederholten Male nicht rechtzeitig aus dem Jahresurlaub zurückgekehrt waren. Schon drei Jahre vorher hatte

vor allem die türkische Belegschaft einen Warnstreik in die Länge gezogen. Sie forderten eine langsamere Bandgeschwindigkeit. Nun trat die türkische Belegschaft neben der Wiedereinstellung aller Entlassenen erneut für verbesserte Arbeitsbedingungen am Fließband ein – und forderten überdies eine Lohnerhöhung von einer Mark pro Stunde. Der Streik endete nach fast einer Woche mit der Stürmung des Betriebs durch wütende, meist deutsche Arbeitnehmer*innen, die wieder arbeiten wollten, gemeinsam mit der Polizei.

Für die *IG Metall* war die Ursache der Arbeitsniederlegung schnell gefunden. In ihren ersten öffentlichen Erklärungen machte sie „die wilde Agitation von aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten Extremisten“ verantwortlich. Erst nach einer Sitzung mit Vertretern des Türkischen Gewerkschaftsbundes änderte sich die Haltung der *IG Metall*. Nun war die Unternehmensleitung im Zentrum der Kritik. Mehrere türkische Arbeiter*innen bezahlten indes ihren Aktivismus mit dem Verlust des Arbeitsplatzes.

Vergaserfabrik:
Migrantinnen setzen Frauenrechte durch

Nur einige Tage vor dem „wilden Streik“ bei Ford hatten in der Vergaserfabrik der Firma Pierburg in Neuss Teile der Belegschaft die Arbeit niedergelegt. Die Migrantinnen, die den Kern des Arbeitskampfes ausmachten, forderten ein Ende der diskriminierenden Bezahlung von Frauen nach Leichtlohngruppen.

Bereits seit 1970 hatten die Arbeiterinnen bei Pierburg die Abschaffung dieser Leichtlohngruppen I und II gefordert, die de facto die verbotenen Frauenlohngruppen ersetzt hatten. Durch Streikaktionen hatte die Belegschaft bereits erreicht, dass die Leichtlohngruppe I abgeschafft wurde. Die Betriebsleitung hatte des Weiteren zugesagt, die Leichtlohngruppe II ebenfalls aufzugeben.

Nachdem sie diesem Versprechen nicht nachgekommen war, gingen die Arbeiterinnen im Juni und August 1973 erneut in den Ausstand. Gleichzeitig waren auch bei den Deutschen Telefonwerken und bei AEG spontane Streiks mit der

Die Migrantinnen bei Pierburg wurden zu Vorkämpferinnen gegen die Lohndiskriminierung

Forderung nach gleicher Bezahlung ausgebrochen. Obwohl sich die Streikenden in Neuss nicht an das bundesdeutsche Streikrecht hielten, erklärte die *IG Metall* sich solidarisch. Im Gegensatz zu den Streikenden bei Ford konnten sich die Arbeiterinnen auch auf die Unterstützung des Vertrauenskörpers und auf Teile des Betriebsrates verlassen. Auch die männlichen (Fach-)Arbeiter im Betrieb zeigten sich weitgehend solidarisch und legten die Arbeit nieder. Tatsächlich konnten die Frauen so gut wie alle ihre Forderungen durchsetzen. Sie erreichten sogar, dass die vier Streiktage von der Unternehmensleitung bezahlt wurden.

Die Migrantinnen bei Pierburg wurden mit ihrer Hartnäckigkeit zu Vorkämpferinnen gegen die Lohndiskriminierung in der Bundesrepublik. Eine Tatsache, die im starken Kontrast steht zu dem weit verbreiteten Klischee der ‚südländischen Gastarbeiterin‘, die sich widerstandslos alten Rollenmustern unterwerfe.

Reaktionen der allgemeinen Verfasstheit

Die Welle der „wilden“ Streiks 1973 waren von Migrant*innen geprägt. Es ist durchaus möglich, dass diese Streik-Aktionen für die Entscheidung der Bundesregierung verantwortlich waren, die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zu beenden. Stellten doch die Arbeitsniederlegungen die bundesrepublikanische Gesellschaft vor enorme Herausforderungen.

Nur wenige Wochen nach dem *Ford*-Streik forderte die IG Metall während der Tarifverhandlungen in Nordbaden-Nordwürttemberg Bandpausen, die Abschaffung von Niedriglohngruppen und die Möglichkeit, ab einem bestimmten Alter von der Bandarbeit freigestellt zu werden. Mit Einführung der sogenannten Steinkühlerpause wurde eine der zentralen Forderungen des Ford-Streiks dann im Tarifvertrag durchgesetzt.

Die tayloristisch-fordistische Arbeitsorganisation war in der Bundesrepublik in den 1960er Jahren auf ihrem Höhepunkt angelangt. Das heißt die Produktion war in möglichst viele leicht erlernbare Arbeitsschritte zerlegt, die Arbeit durch das Fließband getaktet und die Bezahlung nach Akkord. Den Arbeiter*innen wurde ein Maximum an Leistung abgepresst. Mit ihren Forderungen und Streikaktionen waren es nicht nur, aber insbesondere Migrant*innen, die Widerstand gegen diese Form der Arbeitsorganisation entwickelten.

Zeitgleich mit den Arbeitskämpfen nahmen zu Beginn der 1970er Jahre auch die Proteste außerhalb des Arbeitsplatzes zu. So wurde die Idee eines parlamentarischen Gremiums für Migrant*innen wieder aufgegriffen. In mehreren Städten bildeten sich ab 1971 so genannte Ausländerparlamente, die ein politisches Wahlrecht, zumindest auf kommunaler Ebene, forderten.

Während die Medien weitgehend positiv über diese Ansätze der politischen Vertretung berichteten, waren die Gewerkschaften weder für Forderung nach einem kommunalen noch nach einem allgemeinen Wahlrecht zu gewinnen. Die Ausländerparlamente stellten für sie vor allem „Konstrukte“ von Deutschen aus dem linksradikalen Milieu dar. Auch wenn die Ausländerparlamente meist nur einige Monate überlebten, waren sie die Grundlage für die meist einige Jahre später eingerichteten kommunalen Ausländer- und Migrationsbeiräte.

Während Migrant*innen sich am Arbeitsplatz schon in den 1950er Jahren gegen unzureichende Bezahlung, schlechte Unterbringung oder diskriminierende Behandlung zu Wehr setzten, wuchs mit der Aufenthaltsdauer auch die Bereitschaft, sich außerhalb des Betriebes für Verbesserungen der Lebensbedingungen einzusetzen.

Gewerkschaftliche Ambivalenz

An den immer häufiger und vehementer formulierten Forderungen von Migrant*innen kamen letztendlich

auch die Gewerkschaften nicht vorbei. Anfang der 1970er Jahre veröffentlichte der *DGB* einige programmatische Dokumente, in denen die Gewerkschaften deutliche Positionen zur sogenannten Ausländerbeschäftigung und zur sozialen Gleichstellung einnahmen. Bereits 1969 hatte sich in den Gewerkschaften die Auffassung durchgesetzt, dass die Ausländerbeschäftigung nicht länger als ein Provisorium angesehen werden konnte. Der migrationspolitische Kurs der Gewerkschaften zu Beginn der 1970er Jahre lautete: Weitere Migration verhindern einerseits, und die Verbesserung der rechtlichen und sozialen Lage der ansässigen Migrant*innen andererseits.

So sahen die Gewerkschaftsfunktionäre in der 1973 formulierten und durchgesetzten Forderung nach einem Anwerbestopp auch keinen Widerspruch zu einer Politik, die einer Beschäftigung ausländischer Lohnabhängigen grundsätzlich positiv gegenüberstehe. Vielmehr sei – so Heinz Richter vom Bundesvorstand des *DGB* – der Anwerbestopp auch „ein Schutz für diejenigen ausländischen Arbeitnehmer, die bereits in der Bundesrepublik beschäftigt sind“. Denn schließlich seien ja auch die Arbeitsplätze der Migrant*innen durch eine weitere Zuwanderung gefährdet.

Kämpfe veränderten Gewerkschaften

Ende der 1960er Jahre setzte sich in den Gewerkschaften die Einschätzung durch, dass man es bei zumindest einem Teil der ausländischen Arbeiter*innen mit einer Einwanderungsbewegung zu tun hatte. Zu diesem Zeitpunkt waren schon viele Migrant*innen Mitglied geworden, denn von Anfang an war es den Gewerkschaften wichtig, die ausländischen Beschäftigten zu organisieren.

Allerdings reagierten die bundesdeutschen Arbeitnehmerorganisationen meist ablehnend auf die Forderungen von Migrant*innen und diskreditieren deren Arbeitsniederlegungen und Kämpfe in der Öffentlichkeit als ungerechtfertigt oder zu radikal.

Das hieß jedoch nicht, dass die Kämpfe keinerlei Wirkung zeigten – im Gegenteil. Rückblickend wird deutlich, dass migrantische Kämpfe durchaus Veränderungen bei den Gewerkschaften auslösten. So erhöhte sich auch nach dem Anwerbestopp noch die Repräsentanz von Migrant*innen in Betriebsräten sowie in gewerkschaftlichen oder kommunalen Gremien. Nachweislich bewirkten die „wilden Streiks“ einen Abbau von Diskriminierungen sowie Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle.<

Simon Goeke *ist Spezialist auf dem Gebiet der historischen Migrationsforschung in München.*

Arbeit-Bewegung-Geschichte.
Zeitschrift für historische Studien
<https://www.arbeitbewegung-geschichte.de/>

Flüchtlingsgespräche

Staffel 1 – Folge 8: Die afghanischen Brudis plaudern weiterhin hochintellektuell über dies und das. Von Human

Benutzerhinweis: verstörender Text. Produktplatzierung.

DER UNTERSETZTE: Salam, Bruder.

DER GROSSE: Salam, hast du das gesehen? Die Taleban haben den Kapitol gestürmt.

DER UNTERSETZTE: Wie, was, wo? Wie damals die Türken vor Wien?

DER GROSSE: Nein, die amerikanischen Taleban. Goethes West-östlicher Divan geht in Erfüllung. Sie sind endlich eins. Amerika und Afghanistan. Ameristan.

DER UNTERSETZTE: Hey, was hast du denn geraucht? Ist Annalena schon Kanzlerin und hat den schwarzen Afghanen als Zeichen der deutsch-afghanische Freundschaft legalisiert oder trinkst du wieder Wodka Gorbatschow?

DER GROSSE: Nein, es ist nur ein Oettinger gewesen. Für mehr reicht das Asylbewerberleistungsgesetz nicht. Und sobald Annalena Kanzlerin wird, wird Deutschland zu eine Kompostierrepublik. Blut und Boden grün gestrichen. Unsere Essenspakete werden nur noch Bioprodukte enthalten und es wird Denttabs in kompostierbare Verpackungen geben. Pass auf Bruder, ich weiß genau, wovon ich rede. Und Gorbatschow haben mir meine Urahn schon verboten zu trinken, weil Kommunisten.

DER UNTERSETZTE: Ja man, und dann können wir auch Lager-Gardening betreiben und so spart sich die Wirtschaft die langen Wege aus Nordafrika, Südsanien und Italien. Direkt vor Ort Sklaven zu halten ist viel geiler als an der Peripherie Europas. Und dann können trotz Arbeit weiter rum lungern. Wir sind ja auch Fehlbeleger. Erstens sind wir ein Fehler im

System und zweitens legen wir nur rum. Da kommt ein Oettinger gerade recht.

Aus der Bose-Box ertönt ein Prosit der Gemütlichkeit. Sie kippen das Bier in einen Rutsch weg. Soufian tappt ins Zimmer und rappt auf den Sound of Musik

Siehst du die Marokks (Huh!) aus Afrika-Nord?

Über Spanien gekommen mit Loch in Sneaker und in Socken

Tiefe Karrosserien, nicht finanziert, dacht' ich mir doch

Deal' am Haubi Rocks, Risiko – Siebener hocken

Arbiat-Platten, Fischschuppen, Weedknospen

Erste Siebung kostet, Grüne ist Schrott (Ahh)

Soufian der Marokk und dealen mein Job

La vida loca, bis mir einer schießt in mein'n Kopp'

DER UNTERSETZTE: Eh Nafri, du Untermensch. Verpiss dich. Hier ist unsere Block. Wir veranstalten hier unsere eigene Oktoberfest. Wir pflegen die Sitten und Brauchtum unserer Urahn.

Soufian tappt aus dem Zimmer, Dosen fliegen.

DER GROSSE: Der Oktoberfest ist ausgefallen. Wir gleichen das hier nur aus.

DER UNTERSETZTE: Sagt dir der Oktoberfestattentat etwas?